

14.06.2006

## Position der Stahlindustrie zur Rohstoffpolitik

### Zehn Thesen zu Handels- und Wettbewerbsverzerrungen auf den Weltrohstoffmärkten

Die explodierenden Energiekosten und drohende Engpässe bei der Versorgung mit Energierohstoffen stehen seit langem im Fokus der öffentlichen Debatte. Die Sicherung der Versorgung anderer wichtiger Rohstoffe wurde bei dieser Diskussion jedoch lange Zeit weitgehend ausgeklammert. Vernachlässigt wurde unter anderem, dass Rohstoffe am Beginn einer weit verzweigten Wertschöpfungskette stehen und Voraussetzungen sind für die Funktionsfähigkeit einer Volkswirtschaft. Rohstoffverknappungen und extreme Preissteigerungen wirken sich unmittelbar auf die nachgelagerten Stufen in der Wertschöpfungskette aus und belasten damit die gesamte Wirtschaft. Fehlen die notwendigen Rohstoffe droht letztlich auch das Wegbrechen von wichtigen Teilen der industriellen Produktion.

In den letzten Jahren zeigte sich, dass bei einigen unverzichtbaren Rohstoffen ein freier und fairer Zugang zu den internationalen Rohstoffmärkten durch Handelshemmnisse und Wettbewerbsverfälschungen behindert wurde. In solchen Fällen ist es für die Stahlindustrie als rohstoffintensive Branche wichtig, dass die Politik mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln tätig wird, um eine wettbewerbsgerechte Rohstoffversorgung zu gewährleisten.

Zu den Handels- und Wettbewerbsverzerrungen bei der Rohstoffversorgung hat die Stahlindustrie ihre Position in **10 Thesen** zusammengefasst:

## Zehn Thesen zu Handels- und Wettbewerbsverzerrungen auf den Weltrohstoffmärkten

1. Die Rohstoffbeschaffung ist in erster Linie eine originäre Aufgabe der Wirtschaft.
2. Dieser Aufgabe kann ein Industriezweig bei Rohstoffen, die heimisch nicht (genügend) oder allenfalls zu unwirtschaftlichen Konditionen verfügbar sind, nur bei frei zugänglichen Weltrohstoffmärkten nachkommen.
3. Dabei darf der Wettbewerb zwischen Unternehmen um Rohstoffe auf den Weltmärkten nicht durch staatliche Eingriffe verfälscht sein, freier Marktzugang verliert ohne faire Wettbewerbsbedingungen seinen Wert.
4. Die Festlegung von Marktzugangs- und Wettbewerbsbedingungen durch die Gesetzgebung eines jeweiligen Landes kann nicht von Unternehmen, sondern nur auf der politischen Ebene entscheidend beeinflusst werden.
5. Es ist daher eine originäre Aufgabe der Politik, die unverzichtbaren Rahmenbedingungen eines freien und fairen Zugangs sicher zu stellen.
6. In diesem Licht wird von der Bundesregierung erwartet, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln tätig zu werden, wenn die Stahlindustrie in Deutschland auf Handelshemmnisse oder Wettbewerbsverfälschungen bei der Rohstoffbeschaffung in Drittlandsmärkten stößt.
7. Besonders beachtenswert sind dabei:
  - Steuerungen der Rohstoffausfuhren z.B. durch Lizenzsysteme mit oder ohne Mengenbeschränkungen, Ausfuhrzölle, geringere Mehrwertsteuerrückerstattungssätze als bei anderen Waren, etc.
  - staatliche Beihilfen zur Rohstoffbeschaffung an konkurrierende Unternehmen
  - staatliche Förderung der Beteiligung konkurrierender Unternehmen an in- oder ausländischen Rohstoffprojekten
  - Bildung und Missbrauch von mono- bzw. oligopolistischen Angebotsstrukturen
8. Die Handlungsoptionen der Bundesregierung sind vielfältig. Zum einen stehen politische Interventionen zu ihrer Disposition.
9. Zum anderen beinhalten handels- und wettbewerbsverzerrende Maßnahmen in Drittländern oft Verstöße gegen bindendes Recht. In Betracht kommen hier vor allem
  - das Regelwerk der WTO
  - bilaterale Handels- oder sonstige Kooperationsverträge Deutschlands oder der EU mit Drittstaaten
  - die kartellrechtliche Fusions- und Missbrauchsaufsicht
10. Die Bundesregierung sollte zudem den Vorstoß der Europäischen Kommission in der WTO Doha-Runde zur Beseitigung aller tarifären und nichttarifären Ausfuhrhemmnisse uneingeschränkt unterstützen.